



Rundbrief des Landespräventionsrates Niedersachsen

62. Ausgabe | Mai 2015

Inhaltsverzeichnis

1. Infos aus der Geschäftsstelle

- 1.1 Neues Bundesprogramm in Niedersachsen gestartet
- 1.2 Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen
- 1.3 Arbeitsgruppe islamistische Radikalisierung
- 1.4 Vom Projekt zur kommunalen Strategieentwicklung: Beratung und Unterstützung für Kommunen in Niedersachsen zur lokalen Alkoholprävention
- 1.5 Personelle Änderung: neue Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle

2. Rückblick auf Veranstaltungen

- 2.1 4. Niedersächsische Regionalkonferenz Kommunale Kriminalprävention in Wilhelmshaven am 12. März 2015
- 2.2 Praxis- und Erfahrungsaustausch von Vertreterinnen und Vertretern von Aussteigerprogrammen für Rechtsextremisten aus staatlicher und zivilgesellschaftlicher Trägerschaft

3. Ausblick auf Veranstaltungen und Fortbildungen

- 3.1 9. Uelzener Forum 2015 "Bildung als/statt Prävention?" – Zusammenhänge von Bildung und Kriminalität
- 3.2 20. Deutscher Präventionstag
- 3.3 Festveranstaltung 20 Jahre Landespräventionsrat Niedersachsen

4. Wettbewerbe/Preisverleihungen

Der aktuelle Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2014/2015

5. Veröffentlichungen

- 5.1 Ratgeber Cyber-Mobbing
- 5.2 Broschüre „Damit Ehrenamt gelingt“
- 5.3 Forschungsbericht „Sicherheitspotenziale im höheren Lebensalter“
- 5.4 Beraten, Begleiten, Unterstützen
- 5.5 Evaluation des LPR-Förderschwerpunkts zu „Communities That Care - CTC“

6. Verschiedenes

- 6.1 „Eintritt ins Glück“
- 6.2 Für Kompetenz im Umgang mit Medien: Aktionsjahr Medien 2015
- 6.3 Harrys Sicherheitstipp

Redaktion:
Maritta Harling
LPR Niedersachsen
Tel.: 05 11/1 20-52 39
maritta.harling@mj.niedersachsen.de

1. Infos aus der Geschäftsstelle

1.1 Neues Bundesprogramm in Niedersachsen gestartet

Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führt die erfolgreiche Arbeit des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ fort.

Auch in dem neuen Bundesprogramm ist die Niedersächsische Landeskoordinierungsstelle beim Landespräventionsrat Niedersachsen angesiedelt. Diese soll vor allem auf eine Stärkung der demokratischen Kultur in dem jeweiligen Bundesland und damit in der Gesellschaft hinwirken. Die Landeskoordinierungsstelle, welche künftig zu einem Landesdemokratiezentrum entwickelt werden soll, legt den Fokus auf die Vernetzung von demokratischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Zudem ist es die Aufgabe der Landeskoordinierungsstelle, das landesweite Beratungsnetzwerk zu koordinieren und auszubauen. Das Beratungsnetzwerk besteht aus nichtstaatlichen und staatlichen Initiativen, die sich mit den Themen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit befassen. Aus der Mitte des Beratungsnetzwerkes stellen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskoordinierungsstelle bei Beratungsanfragen ein Mobiles Interventionsteam zusammen.

Mobile Intervention erfolgt fallbezogen durch qualifizierte Beraterinnen und Berater, die über entsprechende Beratungskompetenzen verfügen und vor Ort vertraulich, anlassorientiert, unmittelbar und aufsuchend aktiv werden. Das Beratungsangebot richtet sich an alle, die mit rechtsextremen, antisemitischen und rassistischen Erscheinungsformen konfrontiert sind. Hierzu zählen u.a. Kommunen, zivilgesellschaftliche Initiativen, Eltern, Einzelpersonen, Vereine und Verbände sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Schule, Jugendhilfe etc.

Wenn Sie ein Problem bzw. eine krisenhafte Situation im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Rassismus und/oder Antisemitismus in Ihrem persönlichen oder beruflich/institutionellen Umfeld haben oder Seminare sowie Informationsveranstaltungen zu Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus wünschen, können Sie uns gerne kontaktieren.

Die Beratung erfolgt vertraulich, klientenorientiert, mobil und unbürokratisch.

Kontakt:

Niedersächsische Landeskoordinierungsstelle

„Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit.“

Landespräventionsrat Niedersachsen

Tel.: 05 11/1 22 71 37

1.2 Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen

Die Koordination der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen (SIPA) ist zum 01. Januar 2015 vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung auf den Landespräventionsrat Niedersachsen im Niedersächsischen Justizministerium übergegangen.

Die „Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen“ wurde am 29. Juni 2005 konstituiert. Unter der Federführung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vereinbarten Repräsentanten der Wohnungswirtschaft, von Berufsverbänden der Architektur und des Städtebaus, der Planungs- und Raumwissenschaften, der Zivilgesellschaft und der Polizei in einer gemeinsamen Erklärung Prinzipien und Ziele, die bei der Planung und Entwicklung städtebaulicher sowie wohnungswirtschaftlicher Vorhaben unter Sicherheitsgesichtspunkten verstärkt beachtet werden sollen. Damit soll die Sicherheit im Wohnumfeld und im öffentlichen Raum erhöht und langfristig zur Verbesserung der Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger beigetragen werden. Es handelt sich um eine Selbstverpflichtung der beteiligten Verbände, Institutionen, Organisationen und Forschungseinrichtungen, in dem Aufgabengebiet entsprechend tätig zu werden.

Die Mitglieder der Sicherheitspartnerschaft wollen dazu beitragen, durch gestalterische Maßnahmen negative Entwicklungen in Stadtgebieten aufzuhalten, indem nachbarschaftliche Begegnungen und informelle soziale Kontrolle erleichtert sowie mögliche Gelegenheitsstrukturen zur Tatbegehung reduziert werden.

Mehr Informationen zur Sicherheitspartnerschaft im Städtebau unter www.sipa-niedersachsen.de.

Kontakt:

Susanne Wolter

Tel.: 05 11/1 20 52 52

susanne.wolter@mj.niedersachsen.de

1.3 Arbeitsgruppe islamistische Radikalisierung

Die Niedersächsische Justizministerin Niewisch-Lennartz hat am 5. Februar 2015 eine justizinterne „Arbeitsgruppe islamistische Radikalisierung (AGIR)“ eingesetzt. Vorrangige Aufgaben der Arbeitsgruppe sollen einerseits die Sichtung und Prüfung bestehender Konzepte und Handlungsempfehlungen für die Bereiche der Justiz und der Prävention sein. Andererseits soll der Informationsaustausch mit anderen Landesbehörden, mit Behörden und Landespräventionsgremien anderer Bundesländer, mit Bundesbehörden sowie einschlägig tätigen Nichtregierungsorganisationen gesucht werden.

Der Arbeitsgruppe gehören Mitarbeiter/innen der Arbeitsbereiche Strafverfolgung, Strafvollzug und Prävention an und werden als fachliche Ansprechpartner/innen für ihre jeweiligen Arbeitsbereiche fungieren. Die Federführung obliegt Erich Marks als Geschäftsführer des Landespräventionsrats.

Kontakt:

Erich Marks

Tel.: 05 11/1 20-52 57

erich.marks@mj.niedersachsen.de

1.4 Vom Projekt zur kommunalen Strategieentwicklung: Beratung und Unterstützung für Kommunen in Niedersachsen zur lokalen Alkoholprävention

Auf der Landesebene kooperieren zum Thema lokale Alkoholprävention das Niedersächsische Landesjugendamt, die Landesstelle Jugendschutz, die Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen und der Landespräventionsrat miteinander. Über die jeweiligen Einzelangebote hinaus, bieten die vier Einrichtungen den Kommunen auch eine gemeinsame Beratung zur (Weiter-)Entwicklung ihrer kommunalen Gesamtstrategie an. Mehr zu diesem Angebot erfahren Sie hier:

www.lpr.niedersachsen.de/Landespraeventionsrat/Image/Untersttzung_kommunaler_Alkoholpraevention.pdf

Kontakt:

Frederick Groeger-Roth

Tel. 0511-120 5268

frederick.groeger-roth@mj.niedersachsen.de

1.5 Personelle Änderung: neue Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle

Maritta Harling

Seit Januar 2015 unterstützt Maritta Harling die Geschäftsstelle des Landespräventionsrats Niedersachsen.

Im Niedersächsischen Justizministerium ist sie bereits seit Oktober 1993 tätig, zunächst in der damaligen Zentralkanzlei.

Von Juli 1999 bis Februar 2013 arbeitete sie im Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, von März 2013 bis Dezember 2014 als erste Vorzimmerkraft der Niedersächsischen Justizministerin.

Kontakt:

Maritta Harling

Tel.: 05 11/1 20-52 39

maritta.harling@mj.niedersachsen.de

2. Rückblick auf Veranstaltungen

2.1 Niedersächsische Regionalkonferenz Kommunale Kriminalprävention in Wilhelmshaven

Am 12. März 2015 fand die „4. Niedersächsische Regionalkonferenz Kommunale Kriminalprävention“ des Landespräventionsrates (LPR) in Wilhelmshaven statt.

Ziel der Veranstaltung war es, die Vernetzung und den Austausch von Präventionsakteuren im Flächenland Niedersachsen zu fördern und zu unterstützen. Im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Oldenburg sind rund 60 kommunale Präventionsgremien aktiv, die sich durch hohes Engagement auszeichnen.

Der LPR hat die Veranstaltung gemeinsam mit seinen Kooperationspartnern, der Polizeidirektion Oldenburg, der Polizeiinspektion Wilhelmshaven/Friesland, der Stadt Wilhelmshaven sowie dem Verein zur Förderung der Kriminalprävention in Wilhelmshaven (VKP) geplant und vorbereitet.

Mehr zu der Veranstaltung finden Sie unter:

<http://www.lpr.niedersachsen.de/nano.cms/kommunale-kriminalpraevention?XA=details&XID=194&XParentID=115>

Kontakt:

Susanne Wolter

Tel.: 05 11/1 20 52 52

susanne.wolter@mj.niedersachsen.de

Christiane Klages

Tel.: 05 11/1 20-52 55

christiane.klages@mj.niedersachsen.de

2.2 Praxis- und Erfahrungsaustausch von VertreterInnen von Aussteigerprogrammen für Rechtsextremisten aus staatlicher und zivilgesellschaftlicher Trägerschaft

Am 16.03.2015 fanden sich auf Einladung der Aussteigerhilfe *Rechts* im Landespräventionsrat Niedersachsen erstmals Vertreterinnen und Vertreter von Aussteigerprogrammen für Rechtsextremisten aus staatlicher und zivilgesellschaftlicher Trägerschaft zu einem Praxis- und Erfahrungsaustausch zusammen. Tagungsort war das Niedersächsische Justizministerium. Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz eröffnete die Veranstaltung mit einem Grußwort. In kollegialer Atmosphäre tauschten sich die Ausstiegsexperten aus elf Bundesländern über die Spezifika von Ausstiegsbegleitungen, über Funktionierendes aber auch über Potenziale des Scheiterns aus. Dabei galt es nicht zuletzt, Gemeinsamkeiten zu benennen - ohne Trennendes zu verschweigen, Alleinstellungsmerkmale herauszuarbeiten und Synergieeffekte zu identifizieren, um sich daraus ergebende Potenziale systematisch im Sinne einer Best Practice für die Ausstiegsarbeit nutzbar zu machen. Es wurden bestehende Kooperationsbeziehungen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Ausstiegshilfen vertieft und neue begründet.

Ministerin Niewisch-Lennartz hob die Bedeutung des kollegialen Austausches für die erfolgreiche Durchführung von Ausstiegsbegleitung hervor: „Durch Austausch werden singuläre Erfahrungen nicht nur ‚Allgemeingut‘. Austausch ermöglicht, einzelne Erfahrungen in größere Zusammenhänge zu setzen, sie auf Allgemeingültigkeit hin zu überprüfen und Unterschiede sichtbar zu machen. Dies ist notwendig, um erfolgreiche Methoden zu verfeinern und sie unterschiedlichen oder sich wandelnden Rahmenbedingungen anzupassen.“

Kontakt:**MitarbeiterInnen der AussteigerhilfeRechts****Tel.: 0178/74 74 720****info@aussteigerhilferechts.niedersachsen.de****www.aussteigerhilferechts.niedersachsen.de**

3. Ausblick auf Veranstaltungen und Fortbildungen

3.1 9. Uelzener Forum 2015 “Bildung als/statt Prävention?” – Zusammenhänge von Bildung und Kriminalität

Termin: Freitag, den 06.11.2015 von 9.00 – 17.00 Uhr
Tagungsort: Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften, Campus Suderburg, Herbert-Meyer-Str. 7, 29556 Suderburg

Der Präventionsrat Uelzen weist auf die o.g. Veranstaltung hin. Sie findet in Kooperation der Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften, Fakultät Handel & Soziale Arbeit mit dem Präventionsrat Uelzen statt. Die eintägige Fachtagung wendet sich sowohl an Wissenschaftler/innen, die sich mit dem Thema Prävention auseinandersetzen, als auch an Praktiker/innen, die im Bildungs- bzw. Präventionsbereich tätig sind und unmittelbar mit Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden zu tun haben.

Hierbei denken wir an sozialarbeiterisch, polizeilich, bildungswissenschaftlich präventiv und kriminologisch Tätige, politisch für das Feld Prävention Verantwortliche, sowie interessierte Einzelpersonen aus Niedersachsen. Zudem sind auch Studierende und Mitarbeitende der Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften als Teilnehmende adressiert.

Abruf des Flyers und Anmelde­möglich­keit:

www.ostfalia.de/cms/de/h/veranstaltungen/uelzener_forum_2015 oder
[www.praeventionsrat-uelzen.de/Uelzener Forum](http://www.praeventionsrat-uelzen.de/Uelzener_Forum)

Bitte beachten: Anmeldung bis spätestens zum **31.5.2015!**

Kontakt

Peter Wegener

Tel.: 0 58 20/97 03 24

praeventionsrat-uelzen@t-online.de

3.2 20. Deutscher Präventionstag

Mit Blick auf den bevorstehenden 20. Deutschen Präventionstag am 8./9. Juni 2015 in Frankfurt am Main geben wir Ihnen heute gern einige Vorabinformationen:

Es erwarten Sie:

- 26 [Fachvorträge](#)
- 39 [Themenboxen](#) mit 105 Einzelbeiträgen
- 53 [Projektspots](#)
- 167 [Fachorganisationen](#) in der begleitenden Ausstellung
- 7 [Filme](#)
- 9 [Bühnenstücke](#)
- 20 [Poster](#)

Für internationale Gäste bieten wir ein spezielles Programm in englischer Sprache an. Das Programm des 9th Annual International Forum finden Sie [hier](#).

Das [Gutachten](#) zum diesjährigen Schwerpunktthema sowie die [Liste](#) der ausstellenden Fachorganisationen sind online.

[Kongressprogramm](#) und [Anmeldung](#) über die Webseite des [DPT](#).

Kontakt:

DPT – Deutscher Präventionstag

Tel. 05 11/2 35-49 49

dpt@praeventionstag.de

www.praeventionstag.de

3.3 Mitgliederversammlung und Festveranstaltung „20 Jahre LPR Niedersachsen“

Am 23. September 2015 findet im Neuen Rathaus Hannover die diesjährige Mitgliederversammlung statt. Anlässlich des 20jährigen Bestehens des LPR wird diese Mitgliederversammlung in Form einer kleinen Festveranstaltung stattfinden, zu der die Geschäftsstelle die LPR-Mitgliedsorganisationen noch separat einladen wird.

Am Vortag, 22.09.2015, empfangen die Nds. Justizministerin und der Landespräventionsrat Vertreterinnen und Vertreter der Landespräventionsgremien in Hannover. Ziel dieser Zusammenkunft ist der länderübergreifenden Austausch sowie die Vertiefung der länderübergreifenden Zusammenarbeit.

Der Niedersächsische Präventionstag (NPT) entfällt in diesem Jahr. Der nächste NPT findet in der 2. Jahreshälfte 2016 statt.

Kontakt:

Susanne Wolter

Tel.: 05 11/1 20 52 52

susanne.wolter@mj.niedersachsen.de

4. Wettbewerbe/Preisverleihungen

Der Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2014/2015

Bereits zum neunten Mal hat der Verein Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V. und seine Kooperationspartner, den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ ausgeschrieben.

Am 19. Februar 2015 hat die Jury die Preisträgerinnen und Preisträger des Wettbewerbs „Die Gelbe Hand“ 2014/2015 ermittelt. Am 25. März 2015 wurden die Preise an die Gewinnerinnen und Gewinner im Leibnizhaus in Hannover verliehen. Der Wettbewerb wurde bundesweit ausgeschrieben. Die Schirmherrschaft übernahmen der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Stephan Weil und die Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Marlis Tepe.

Preisträger:

1. Preis: IG BCE Jugend Nordost für das Projekt „Wir kreativ gegen Nazis“
2. Preis: SchülerInnen des 3. Ausbildungsjahres „Maler und Lackierer“ an der Willy-Brand-Schule in Gießen für das Projekt „25 Jahre Mauerfall. Reißt die Mauer in Euren Köpfen ein“
3. Preis: SchülerInnen des Paul-Spiegel-Berufskollegs in Dorsten für das Projekt „Chancengleichheit im Bewerbungsverfahren. Spielt mein Aussehen, mein Migrationshintergrund oder meine Religion eine Rolle?“

Sonderpreis Niedersachsen: Michelle Pape, Auszubildende der Stadt Bad Salzdetfurth für das Projekt „Toleranzkette für ein buntes Bad Salzdetfurth“

Sonderpreis DGB Jugend Niedersachsen: Die IG Metall-Jugend- und Ausbildungsvertretung bei Volkswagen in Braunschweig für das Projekt „Aktionstage für Respekt und Toleranz in der Berufsausbildung“

Sonderpreis DGB Jugend NRW: die Berufsschulklasse „Einzelhandel“ an den Kaufmännischen Schulen Rheine für das Projekt „Na dann, Mahlzeit – mit Biss gegen Mobbing, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“

Kontakt:

**Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,
gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.**
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211 – 43 01-193
info@gelbehand.de / Web: www.gelbehand.de

5. Veröffentlichungen

5.1 Ratgeber Cyber-Mobbing

Dieser Ratgeber stellt Besonderheiten, Funktionen, Auslöser und die Verbreitung von Cyber-Mobbing vor und behandelt das Thema Cyber-Mobbing in den Medien. Darüber hinaus wird erläutert, ob Cyber-Mobbing strafbar ist und wie man Cyber-Mobbing im schulischen und familiären Umfeld vorbeugen oder anhand bestimmter Warnzeichen so früh wie möglich erkennen kann. Im Kapitel „Was tun bei Cyber-Mobbing?“ werden Möglichkeiten vorgestellt, gegen Cyber-Mobbing vorzugehen. Die bei Cyber-Mobbing über Smartphones und Apps geltenden Besonderheiten werden hier ebenfalls vorgestellt.

Drei Experteninterviews beleuchten die rechtlichen Möglichkeiten sowie die psychologischen Aspekte und Folgen von Cyber-Mobbing und geben Ratschläge für Betroffene und Angehörige. Die Linktipps am Ende der Broschüre bieten weiterführende Informationen zum Themenfeld. Diese Broschüre finden Sie unter klicksafe.de als Download-Datei.

Zur Info:

Die Polizeiinspektion Rotenburg (Wümme) hat gemeinsam mit dem örtlichen Präventionsrat und der Klinik für Kinder- und Jugend-Psychiatrie und Psychotherapie des Agaplesion Diakonieklinikums den 11. Rotenburger Fachtag „Cybermobbing“ am 12. Mai 2015 durchgeführt.

5.2 Broschüre „Damit Ehrenamt gelingt“

Das Netzwerk "Ehrenamt" des Landkreises Emsland hat diese Handreichung herausgegeben, die Einrichtungsleitungen und Verantwortungsträgern in Vereinen als Leitlinie zum Umgang mit freiwillig Engagierten dienen soll. Sie steht als Download bereit unter www.ehrenamt-emsland.de.

Kontakt:

Landkreis Emsland – Ehrenamtsservice
Tel.: 0 59 31/44-13 22
ehrenamt@emsland.de

5.3 Forschungsbericht "Sicherheitspotenziale im höheren Lebensalter"

Der Forschungsbericht der Deutschen Hochschule der Polizei zum Projekt „Sicherheitspotenziale im höheren Lebensalter“ ist mittlerweile veröffentlicht. Eine Kurzmeldung des Bundesfamilienministeriums, das die Studie gefördert hat, finden Sie unter <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/aeltere-menschen,did=213204.html>. Der Forschungsbericht und weitere Materialien stehen auf der Projekthomepage <http://www.dhpol.de/de/hochschule/Fachgebiete/sipo.php> zum Download bereit.

Kontakt:

Deutsche Hochschule der Polizei
Fachgebiet Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention
Tel.: 0 25 01/80 65 07
Benjamin.Kraus@dhpol.de

5.4 Beraten, Begleiten, Unterstützen

Das Team der Aussteigerhilfe*Rechts* im Landespräventionsrat hat ein neues Faltblatt entwickelt, das unter www.mj.niedersachsen.de (Themen/Strafrecht, Soziale Dienste in der Strafrechtspflege und Opferhilfe/Aussteigerhilfe*Rechts*) zum Downloaden bereit steht. Darüber hinaus präsentiert sich die Aussteigerhilfe*Rechts* nun auch innerhalb des Arbeitsbereichs Rechtsextremismus auf der Homepage des Landespräventionsrats (<http://www.lpr.niedersachsen.de/nano.cms/praevention-von-rechtsextremismus?XA=details&XID=196>).

Kontakt:

MitarbeiterInnen der Aussteigerhilfe*Rechts*

Tel.: 0178/74 74 720

info@aussteigerhilferechts.niedersachsen.de

www.aussteigerhilferechts.niedersachsen.de

5.5 Evaluation des LPR-Förderschwerpunkts zu „Communities That Care - CTC“

Der Landespräventionsrat hat im Rahmen seines Förderprogramms im Zeitraum 2013-2014 fünf niedersächsische Kommunen gefördert, die die Methode Communities That Care - CTC eingeführt haben. CTC ermöglicht eine zielgerichtete Planung der kommunalen Präventionsarbeit. Der Bericht der externen Evaluation des Förderschwerpunktes steht jetzt auf der LPR-Webseite zum Download zur Verfügung:
www.lpr.niedersachsen.de/Landespraeventionsrat/Module/Publikationen/Dokumente/2013-2014Endbericht-Evaluation-Foerderstandorte_1950.pdf

Kontakt:

Frederick Groeger-Roth

Tel. 0511-120 5268

frederick.groeger-roth@mj.niedersachsen.de

6. Verschiedenes

6.1 „EinTritt ins Glück“

Die theaterpädagogische werkstatt gGmbH (tpw) stellt ein Präventionsprogramm zum Thema sexuelle Übergriffe unter Jugendlichen vor. (Für Menschen ab der 7. Klasse)

Aktuellen Untersuchungen zufolge machen Jungen und Mädchen immer wieder ungewollte sexuelle Erfahrungen mit anderen Jugendlichen. Sexuelle Übergriffe ereignen sich häufig im Bekannten- oder Freundeskreis. Mit „EinTritt ins Glück“ hat die tpw ein Theaterprogramm geschaffen, mit dem auf diese Entwicklung reagiert wird. Ziel ist, Jungen und Mädchen das Erkennen und Benennen von sexuellen Grenzverletzungen zu erleichtern, die Situation der Opfer besser verstehen zu lernen und sich bei Übergriffen sicher und klar verhalten zu können. Bis 2014 wurde „EinTritt ins Glück“ in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein erfolgreich als Teil des Projektes GRENZGEBIETE durchgeführt. Als Theaterprogramm mit anschließendem Workshop ist es für Schulen und Bildungseinrichtungen weiter buchbar.

Die Geschichte zeigt, wie sich vier Jugendliche, zwei Mädchen, zwei Jungen, begegnen. Sie reden miteinander, ziehen sich gegenseitig an, provozieren und verlieben sich – verletzen Grenzen. Die schnellen jugendsprachlichen Dialoge geben einen direkten Einblick in ihre Gefühlswelt. Dabei wird schnell klar, dass sich bei den Protagonisten alles nur um das Eine dreht. Doch was dies für die einzelne und den einzelnen bedeutet, ist sehr unterschiedlich. Liebe? Sex? Zärtlichkeit? Anerkennung? Freundschaft? Was suchen die Vier? Wie weit möchten sie gehen? Dies sind die Fragen, die den Zuschauenden in den Spielszenen begegnen. Die Szenen steuern dabei dramaturgisch auf eine Gewaltsituation zu, in der am Ende einer der Jungen ein Mädchen vergewaltigt.

Hier geht die Arbeit der tpw weiter, denn im Anschluss an die Aufführung wird in einem Workshop vertiefend zum Thema gearbeitet. Dabei haben die Jugendlichen Raum, eigene Reflektionen und Meinungen mitzuteilen. Darüber hinaus bietet die tpw pädagogisches Begleitmaterial an, das einen direkten Bezug zu den Spielszenen hat und es Lehrerinnen und Lehrern somit erleichtert, an Hand der dort aufbereiteten Themenmodule die vielfältigen Aspekte sexueller Gewalt in der Gruppe intensiv zu erarbeiten. Auf Wunsch werden auch Fortbildungen für Fachkräfte durchgeführt.

Weitere Informationen sowie ein Kurzvideo der Inszenierung finden sie unter www.tpw-osnabrueck.de.

Kontakt:

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Tel 05 41/5 80 54 63-10

heike.schoenemann@tpw-osnabrueck.de

6.2 Der Präventionsrat der Stadt Braunschweig informiert: Für Kompetenz im Umgang mit Medien - Aktionsjahr Medien 2015

Der Präventionsrat Braunschweig legt sich alle zwei Jahre auf ein Jahresschwerpunktthema fest und unterstützt damit die Initiative eines Braunschweiger Facharbeitskreises, die jeweilige Thematik mit einer Kampagne, Veranstaltungen und Projekten einer breiten Öffentlichkeit näherzubringen und auf lokaler Ebene neue Impulse zu setzen. In 2015 kooperiert der Braunschweiger Präventionsrat mit dem Braunschweiger Mediennetzwerk, einem Zusammenschluss von 12 Institutionen, die in Braunschweig im Bereich Medienschutz und -pädagogik tätig sind.

Unter dem Motto „Spaß.Bildung.Rechte.“ initiieren der Präventionsrat und das Mediennetzwerk mit Unterstützung von sechs in Braunschweig im Sozialbereich sehr aktiven Stiftungen das Aktionsjahr Medien 2015.

Ziele des breit angelegten Aktionsprogramms sind

- Kompetenzvermittlung im Hinblick auf die Nutzung Medien
- Information und Sensibilisierung für damit einhergehende Risiken
- Sichtbarmachen der in Braunschweig bereits bestehenden Angebote in den Bereichen Prävention, Beratung und weiterer Hilfen
- Verbesserung in der Vernetzung der in Braunschweig tätigen Akteure

Der Slogan des Aktionsjahrs greift drei wichtige Aspekte auf: Medien machen in vielfältiger Weise Spaß und sie eröffnen damit sogleich einen Zugang zu Menschen – insbesondere einer jüngeren Generation. Dies ist in mehrerer Hinsicht wichtig. Hierzu Oberbürgermeister Ulrich Markurth: „Mit dem kompetenten Umgang mit Medien verbunden sind auch Bildungs- und damit Zukunftschancen. Und Methodenansätze wie E-Participation und Bar Camps bilden Plattformen, über die Heranwachsende mitdiskutieren und an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilhaben können.“ Eine eigens für das Aktionsjahr entwickelte App, eine mit Jugendlichen erstellte Videoproduktion sowie ein „Medienautomat“ der besonderen Art sind Beispiele dafür, wie Spaß und Bildung miteinander einhergehen können.

Gleichzeitig werden Kinder, Jugendliche, Eltern, Fachkräfte und die Öffentlichkeit aber auch für die damit verbundenen Risiken sensibilisiert. Eine sich rasant ändernde Medienwelt - ob durch das Smartphone, WhatsApp oder Onlinespiel - wirft ständig neue Fragen auf. Stefan Schaper, Koordinator des Braunschweiger Mediennetzwerks stellt klar: „Medienkompetenz schließt Medienschutz ein.“ Daher wird es auch immer wieder darum gehen, Regeln klarzustellen und deutlich zu machen, wo Grenzen überschritten werden, Gesetzesverstöße vorliegen oder die Persönlichkeitsrechte Einzelner durch den mitunter leichtfertigen Umgang mit Daten verletzt werden.

Das Spektrum der beteiligten Einrichtungen erstreckt sich vom Braunschweiger Staatstheater bis zur Verbraucherzentrale. Insgesamt sind 18 Projektträger und weitere 22 Kooperationspartner (Landesmuseum, Stadelternrat, C1 Cinema u. v. m.) eingebunden. Das Programm ist entsprechend facettenreich und umfasst 29 Projekte mit über 100 Einzelmaßnahmen.

Das Aktionsjahr beginnt mit einer Auftaktveranstaltung am 20. Januar 2015 und endet mit einer entsprechenden Abschlussveranstaltung voraussichtlich Ende November 2015. Die Einzelmaßnahmen verteilen sich auf die dazwischenliegenden Monate.

Die Initiatoren gehen von rund 250 Aktionstagen und einer Zielgruppe von insgesamt ca. 4.000 Personen aus. Die hohe Anzahl an Maßnahmen erklärt sich durch einen angestrebten Multiplikatoreffekt: Über eine Kooperation der städtischen Fachberatung für Kindertagesstätten, der Berufsbildenden Schule V, der kommunalen Medienkoordinierungsstelle und der Ostfalia Hochschule werden angehende Erzieherinnen und Erzieher bzw. Studierende qualifiziert und bei der Durchführung von Projekten in Kindertagesstätten und Schulen fachlich begleitet.

Einen entsprechenden Schwerpunkt im Aktionsjahr bilden daher Maßnahmen in Braunschweiger Kindertagesstätten und Schulen, wobei bei der Auswahl ein besonderes Augenmerk auf Einrichtungen und Schulen gelegt werden soll, die in Braunschweig einen besonderen Bedarf an Unterstützung haben.

Vor Projektbeginn legen die Träger der jeweiligen Maßnahme eigene Ziele fest; die Zielerreichung wird nach Abschluss des Projekts überprüft. Die Auswertung der Evaluation des Gesamtvorhabens Aktionsjahr 2015 fließt in eine Abschlussdokumentation ein.

In einer 72-seitigen Broschüre sind neben einer Übersicht der Veranstaltungen und Projektbeschreibungen Ansprechpartner in Jugendhilfe, Schule, bei der Polizei sowie von Beratungsstellen und medienpädagogischen Anbietern aufgeführt.

Citycards im Postkartenformat mit pfiffigen Slogans weisen auf das Aktionsjahr und den dazugehörigen Internetauftritt hin: Im Braunschweiger Hilfeportal finden sich auf einer eigenen Subdomain unter www.braunschweig-hilft.de/aktionsjahr eine Veranstaltungsübersicht und weiterführende Informationen wieder. Ein Newsletter, der monatlich an rund 800 Adressaten versendet wird, weist darüber hinaus auf aktuelle Ereignisse hin.

Kontakt

Thomas Seliger

**Geschäftsführung Präventionsrat Braunschweig
c/o Fachbereich Kinder, Jugend und Familie**

Tel.: 05 31/4 70-85 55

praeventionsrat@braunschweig.de

6.3 Harrys Sicherheitstipp - ein Beitrag von Erhard Paasch, Kriminaloberrat a.D., Moderator der Arbeitsgruppe „55 plus Sicherheit“ im Präventionsrat Hildesheim

Wie bekomme ich meine Wertgegenstände zurück?

Diebstahl und Einbruch sind für die meisten Menschen eine Erfahrung, die einen Schock auslöst und als nachhaltiger Eingriff in die Privatsphäre empfunden wird. Neben dem rein materiellen Verlust bedeutet das oft zugleich auch eine erhebliche Beeinträchtigung des „subjektiven Sicherheitsgefühls“.

Beispielhaft habe ich das aktuell erlebt in der Neustadt. Ein älteres Ehepaar wurde in einem Mehrfamilienhaus von Trickdieben unter dem Vorwand aufgesucht, sich den Grundriss ihrer Wohnung mal anzuschauen. Sie hätten Interesse an der im Haus leer stehenden Wohnung unter ihnen. Ein Ansprechpartner für eine Besichtigung sei angeblich derzeit nicht da. Das gutgläubige und hilfsbereite Ehepaar ließ sich leider darauf ein. Während der osteuropäisch aussehende Mann das Ehepaar weitgehend durch Gespräche ablenkte, stahl die Partnerin wertvollen Schmuck im Wert von über 3000 €. Die Geschädigten merkten es etwas später, riefen aber nicht die Polizei wegen der „Blamage“. Sie befürchteten zudem eine Namensnennung in der Zeitung und eine weitere „Öffentlichkeit“ durch das Erscheinen von „uniformierter Polizei“. Andererseits wollten sie aber auch möglichst ihre Wertsachen wieder haben. Ich selbst erfuhr von diesem Fall erst 24 Stunden später und redete dem Ehepaar zu, eine Anzeige zu erstatten. Anderenfalls hätten sie ja nie die Chance, ihre Wertgegenstände zurückzubekommen.

Die Fragestellung: „Wie bekomme ich mein Eigentum zurück?“ war nach der Tat mittlerweile auch für das Ehepaar die Kernfrage, da versicherungstechnisch bei einem Diebstahl im Gegensatz zum Einbruch fast keine Aussichten auf einen Schadensausgleich bestehen. Ich konnte den Geschädigten klar machen, dass eine Wiederbeschaffung nur erfolgen kann, wenn eine Anzeige erstattet wird und die Polizei eine Chance bekommt, die Täter zu ermitteln. Erfahrungsgemäß handelt es sich ja nicht um eine Erst- bzw. Einmaltat oder um Gelegenheits-täter, sondern eher um einen organisierten Bandendiebstahl. Nur wenn die Polizei vom Tatgeschehen möglichst sofort erfährt, hat sie Chancen, die Täter zu ermitteln und das Diebesgut zurückzubringen. Zugleich leistet der Anzeigeerstatter einen Präventionsbeitrag, denn die Polizei kann aktuell eine Fahndung einleiten und bei Ermittlung der Täter diesen anhand der sichergestellten Wertgegenstände die Taten zuordnen. So sind die Täter überführt und können juristisch auch einer Bestrafung entgegensehen. Der Beweis ist dringend notwendig, da man nicht davon ausgehen kann, dass sie ein Geständnis ablegen.

Im konkreten Fall reichte meine Überzeugungskraft und die Zusicherung auf diskrete Behandlung aus. Es wurden umgehend auf der Polizeiwache eine Anzeige erstattet sowie eine gute Beschreibung von den Tätern und den Wertgegenständen abgegeben. Letzteres ist wichtig, da sich im Zusammen-hang mit den Wertgegenständen die weitere Kernfrage stellt: „Wie kann die Polizei überhaupt erkennen, dass es sich bei sichergestelltem Diebesgut um Ihr Eigentum handelt?“

Es ist nicht immer einfach, sichergestelltes Diebesgut einem Eigentümer zuzuordnen. Von daher sollten Sie künftig nach-folgende generelle Tipps beherzigen, wenn Sie Interesse haben, Ihr Hab und Gut zu schützen bzw. im Falle des Verlustes es wiederzubekommen:

Kennzeichnen Sie Ihre Geräte und Wertsachen möglichst individuell, so zum Beispiel mit Ihren Initialen oder anderen Daten und mit geeigneten Werkzeugen, wie Diamantschreiber oder Gravierstifte.

Gegenstände mit porösen Oberflächen können mit UV-Stiften oder auch mit Wassertinte markiert werden. Im Teppichfachhandel können Sie Ihre neu erworbenen Teppiche unauslöschlich und für den Dieb unsichtbar kennzeichnen.

Gegenstände, die zu wertvoll bzw. zum Gravieren nicht geeignet sind, sollten Sie farbig und unter Beilegen eines Maßstabes und evtl. einer Farbskala fotografieren. Expertise (Sachverständigengutachten) beifügen. Die Fotos legen Sie am besten Ihrer persönlichen Wertgegenstandsliste bei.

Katalogisieren Sie Ihre Wertgegenstände. Achten Sie darauf, möglichst alle Details zu erfassen. Je mehr Details, desto individueller ist der Gegenstand und von daher im Falle des Auffindens schneller zuzuordnen. Im Servicebereich von www.polizei-beratung.de gibt es eine Wertsachenliste und ein Wertgegenstandsverwaltungsprogramm zum Herunterladen – siehe auch eine beispielhafte Übersicht zur Katalogisierung im Kasten.

Aufnahmen in Ihre Wertsachenlisten finden sollten Fernseh- und Radiogeräte, Recorder, Schmuck und insbesondere wertvolle Gegenstände oder Dinge, die für Sie auch einen besonderen immateriellen Wert haben.

Die Wertsachenliste sollte sicher vor fremden Blicken aufbewahrt und natürlich immer mal wieder aktualisiert werden.

Besonders wichtige Dokumente, wertvolle Sammlungen, Gold oder Schmuck, der nur selten gebraucht wird, sind am sichersten bei Ihrem Geldinstitut im Schließfach aufgehoben.

Der Präventionsrat Hildesheim bietet kostenlos jeden ersten Mittwoch im Monat zwischen 10.00 – 12.00 Uhr im Rathaus, 2. Etage, einen „runden Tisch“ zu den Fragen Ihrer Sicherheit wie auch zu dem Thema „Wertsachenschutz“ an.

Autor

Erhard Paasch

Kriminaloberrat a.D.

Moderator der Arbeitsgruppe „55 plus Sicherheit“ im Präventionsrat Hildesheim

Erhard-Paasch@t-online.de